**Deutscher Bundestag** **Drucksache 21/9021**

**21. Wahlperiode** 06.11.2026

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

# Antwort

## der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ruben Rupp, Robin Jünger, Alexander Arpaschi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD**
**– Drucksache 21/8767 –**

## Das Scheitern des KI-Rechenzentrums in Demmin – Ursachen und Konsequenzen für die Ansiedlung digitaler Infrastrukturen im ländlichen Raum

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur, insbesondere die Ansiedlung moderner Rechenzentren, ist mit eine der Grundvoraussetzungen für die technologische Souveränität und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Besonders im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) besteht ein massiver Bedarf an hochperformanten Rechenkapazitäten. Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, Deutschland als führenden KI-Standort zu etablieren und gleichzeitig die strukturschwachen, ländlichen Regionen durch die Ansiedlung von Schlüsseltechnologien zu stärken (https://bmds.bund.de/service/publikationen/nationale-rechenzentrumsstrategie). Eine moderne Staatsmodernisierung muss daher sicherstellen, dass die regulatorischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für solche Investitionsprojekte attraktiv und verlässlich gestaltet sind.

Die aktuelle Berichterstattung über die Absage für das geplante KI-Rechenzentrum in Demmin markiert in diesem Zusammenhang einen herben Rückschlag für den Wirtschaftsstandort Nordostdeutschland. Nach vorliegenden Informationen hat der Investor das Milliarden-Projekt, welches die Schaffung zahlreicher hochqualifizierter Arbeitsplätze und eine erhebliche Steigerung der regionalen Wertschöpfung versprach, endgültig verworfen (https://ostdeutscheallgemeine.com/article/rechenzentrum-kommt-nicht-kein-milliarden-jackpot-fuerdemmin-10247712). Als Gründe für dieses Scheitern stehen insbesondere die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise, unzureichende Netzanbindungskapazitäten sowie langwierige administrative Prozesse im Raum (https://ostdeutscheallgemeine.com/article/rechenzentrum-kommt-nicht-kein-milliarden-jackpot-fuerdemmin-10247712). Das geplatzte Projekt in Demmin ist damit kein bedauerlicher Einzelfall, sondern ein symptomatisches Warnsignal für die mangelnde Standortattraktivität Deutschlands im Bereich digitaler Schlüsselinfrastrukturen.

Wenn zukunftsweisende Projekte in strukturschwachen Regionen trotz lokaler Unterstützung an den staatlichen Rahmenbedingungen scheitern, gefährdet dies nicht nur die nationalen KI-Ziele, sondern verfestigt auch die digitale Kluft zwischen urbanen Zentren und dem ländlichen Raum. Eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik erfordert eine enge Verzahnung von Energiepolitik, Digitalstrategie und Bürokratieabbau. Dass ein Milliarden-Jackpot für eine Stadt

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung vom 6. November 2026 übermittelt.*
*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

wie Demmin verloren geht, wirft grundlegende Fragen zur Steuerungsfähigkeit der Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer eigenen Modernisierungsversprechen auf.

Vor diesem Hintergrund besteht ein erhebliches parlamentarisches Informationsbedürfnis darüber, welche konkreten Ursachen zum Scheitern des Projekts in Demmin geführt haben, inwieweit die Bundesregierung in den Ansiedlungsprozess eingebunden war und welche Konsequenzen sie aus diesem Vorfall für die künftige Förderung und Absicherung digitaler Großinvestitionen generell und in diesem Fall besonders im ländlichen Raum zieht.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Im Rahmen des Rechenzentrumsstrategie hat die Bundesregierung 28 Maßnahmen beschlossen, von denen 25 bereits in der Umsetzung oder sogar abgeschlossen sind. Der Rechenzentrumsstandort Deutschland ist sehr attraktiv, seit 2023 wurden die Investitionen hier mehr als verdoppelt. Zudem haben private Anbieter Investitionen im mittleren zweistelligen Milliardenvolumen in Deutschland angekündigt. Dass nicht jedes einzelne private Investitionsvorhaben gelingt, liegt in der Natur einer marktwirtschaftlichen Ordnung und kann und sollte nicht zu einer Intervention des Staates bei privaten Einzelvorhaben führen.

1. Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Gründe für das Scheitern des geplanten KI-Rechenzentrums in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern) vor?

Der Bundesregierung liegen dazu keine konkreten Informationen vor. Privatwirtschaftliche Projekte mit Blick auf einzelne Flächenentwicklungen für Rechenzentrumsansiedlungen werden typischerweise auf kommunaler oder Landesebene begleitet.

2. Inwieweit war die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) sowie das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS), in den Ansiedlungsprozess des Investors involviert und wurden Unterstützungsangebote seitens des Bundes unterbreitet, wenn ja, wie konkret, und mit welchen Beträgen?

Rechenzentrumsansiedlungen sind in der Regel privatwirtschaftliche Projekte, die selbstständig nach für ihre Bedürfnisse einen passenden Standort suchen und akquirieren. Seitens des Bundes wurden keine Unterstützungsangebote unterbreitet.

3. Welche Rolle spielten nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Absage des Investors die aktuellen Strompreise für industrielle Großabnehmer, und wie bewertet die Bundesregierung diese im internationalen Vergleich für den Ansiedlungsstandort Deutschland?

Zu einzelnen Gründen des Investors liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

4. Welche Defizite bei der Netzanbindung bzw. der verfügbaren Netzkapazität am Standort Demmin wurden nach Kenntnis der Bundesregierung als Hinderungsgrund für das KI-Rechenzentrum identifiziert?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Informationen vor. Projektierer haben die Möglichkeit informelle Netzanschluss-Anfragen an den zuständigen Übertragungsnetzbetreiber zu stellen und können zu einem Stichtag ihren Netzanschlussantrag bei den zuständigen Übertragungsnetzbetreiber einreichen.

5. Welche weiteren bürokratischen oder administrativen Hürden (z. B. langwierige Genehmigungsverfahren, Planfeststellung) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seitens des Investors als kritisch für das Scheitern des Projekts angeführt (bitte erläutern)?

Der Bundesregierung liegen zu möglichen diesbezüglichen Einschätzungen des Investors keine Informationen vor. Ergänzend wird verwiesen auf die Antwort zu Frage 1.

6. Wie bewertet die Bundesregierung das Scheitern dieses KI-Großprojekts vor dem Hintergrund ihrer eigenen „KI-Strategie“ und der Zielsetzung, Deutschland als führenden KI-Standort zu etablieren?

Zusätzlich zu den verfügbaren und bestehenden Rechenkapazitäten für Künstliche Intelligenz haben in Deutschland neben internationalen Investoren u. a. auch die Schwarz Gruppe und die Telekom mit Blick auf Künstliche Intelligenz signifikante Investitionen in Rechenzentren an den Standorten Lübbenau, Dummerstorf und München angekündigt.

7. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, an welche Standorte der Investor das Projekt nun verlagert hat, und welche Standortfaktoren dort ausschlaggebend waren, wenn ja, wohin wurde das Projekt verlagert, und mit welchen ausschlaggebenden Standortfaktoren (bitte detailliert benennen und auflisten)?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Informationen vor.

8. Verfügt die Bundesregierung über eine Übersicht, wie viele ähnliche Investitionsvorhaben im Bereich digitaler Infrastruktur in den Jahren 2025 und 2026 aufgrund der Rahmenbedingungen (Energiepreise, Netzausbau, Bürokratie) in Deutschland nicht realisiert wurden, wenn ja, welche (bitte aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen dazu keine Informationen vor.

9. Welche spezifischen Anpassungen plant die Bundesregierung in ihrer Standortpolitik, um den Bau von KI-Rechenzentren, insbesondere im Hinblick auf den Energiebedarf und die Netzinfrastruktur, künftig zu priorisieren und zu beschleunigen?

11. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um eine bessere Verzahnung zwischen der Energieinfrastrukturplanung (BMWE) und der Digitalisierungsagenda (BMDS) herzustellen, damit digitale Großprojekte nicht an mangelnder Energieversorgung scheitern?

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

12. Welche Lehren zieht die Bundesregierung aus dem Scheitern in Demmin für die Ansiedlung weiterer KI-Rechenzentren, die aufgrund ihres massiven Strom- und Kühlbedarfs an hohe infrastrukturelle Anforderungen geknüpft sind?

Die Fragen 9, 11 und 12 werden gemeinsam beantwortet.

Im Rahmen der am 18. März 2026 beschlossenen nationalen Rechenzentrumsstrategie sind von der Bundesregierung konkrete Maßnahmen identifiziert worden, die das Ziel unterstützen, die Rechenkapazitäten für KI in Deutschland bis 2030 mindestens zu vervierfachen. Diese Maßnahmen werden derzeit umgesetzt und die Rechenzentrumsstrategie jährlich aktualisiert.

10. Inwieweit plant die Bundesregierung, das Planungs- und Genehmigungsrecht für digitale Schlüsselinfrastrukturen weiter zu straffen, um Verzögerungen bei der Netzanschlusserteilung zu vermeiden?

Die Netzanschlussbegehren für einen Standort kann parallel zum Planungs- und Genehmigungsverfahren gestellt werden. Weitere Regelungen zum Netzanschlussregime enthält das Netzanschlusspaket, das derzeit im parlamentarischen Verfahren ist.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333